

Marc Mölders und Jan-Felix Schrape

Neue Irritationspotentiale in der „digitalen Gesellschaft“. Synchronisation zwischen Medien, Politik und Recht

*New potentials for systemic irritation in the digital age.
Synchronization between media, politics and law*

Zusammenfassung: Die „digitale Gesellschaft“ verspricht erweiterte Spielräume in der Bearbeitung der Folgen funktionaler Differenzierung für eine Varietät zivilgesellschaftlicher Gegenmächte. Vor diesem Hintergrund nimmt unser Aufsatz die Synchronisationsprozesse zwischen Medien, Politik und Recht in den Blick und diskutiert neue Irritationspotentiale gegenüber autonom operierenden Systemen. Wir beginnen mit einem Rekurs auf die rechtssoziologische Theorie reflexiver Steuerung und stellen danach zentrale Thesen zur Beschleunigung der Korrektur(bedürftigkeit) der Gesellschaft durch Digitalisierung und Internet vor. Daran anknüpfend explizieren wir entlang empirischer Fallskizzen die These, dass eine Effektivierung der Kommunikation alleine noch nicht zu einer erhöhten Annahmewahrscheinlichkeit für die jeweiligen Korrekturanfragen durch das adressierte System führt, sondern dass das Finden und Herstellen anschlussgünstiger Formen nach wie vor ein organisational aufwändiger Prozess ist, der nicht technisch überbrückt werden kann und das Recht in einer zwar veränderten, aber wesentlichen Rolle sieht. Abschließend ordnen wir unsere Überlegungen in eine evolutionäre Perspektive ein.

Abstract: ‘Digital modernity’ promises advanced possibilities for correcting consequences of the functional differentiation of society for a variety of civil society initiatives. Against this backdrop, our article focusses on processes of synchronization between media, politics and law and examines new potentials for irritation design. First, we discuss the classical theory of reflexive law and recent refinements of it. Second, we introduce notable visions of an online-induced acceleration of the correction of society and of the need for societal rectification. Supported by empirical case studies, we thirdly elaborate our main thesis that the technical improvement of communication structures per se does not necessarily increase the likelihood of an evaluation of the queries by the systems addressed. The search for and the design of convenient forms of irritation remains a complex organizational process. In contrast to other positions, taken in recent sociology of law, we maintain that the role of the law is changed, but essential. In the final chapter, we contextualize our findings within a broader evolutionary perspective.

Mit der Beschreibung der modernen Gesellschaft als funktional differenzierte Gesellschaft geht die Annahme einher, dass sich auch als korrekturbedürftig markierte Entwicklungen – von ökologischen Problemlagen bis hin zu globalen Verteilungsasymmetrien – als unmittelbare Folgen dieses Differenzierungsprozesses begreifen lassen. Zugleich erscheinen in einer polykontextualen Gesellschaft ohne Spitze und Zentrum, in der sich synchron koexistierende soziale Funktionssysteme operativ geschlossen entlang ihrer Sinnhorizonte reproduzieren, direkte Steuerungsmaßnahmen kaum erfolgsversprechend: „Die gesellschaftspolitischen Hoffnungen suchen [...] einen Adressaten, der auch die Systeme, die sich selbst steuern, noch kontrollieren könnte, und denken dabei an Politik. [...] Aber diese Vorstellung kollidiert hart mit dem Faktum funktionaler Differenzierung, das es ausschließt, daß Systeme wechselseitig füreinander einspringen können.“ (Luhmann 1994: 325)

Mit dieser theoretischen Grundlegung geht allerdings keineswegs die Diagnose einher, dass jegliche Korrekturbemühungen zum Scheitern verurteilt wären. Niklas Luhmann selbst sieht durchaus die Möglichkeit, Funktionssysteme wie Wirtschaft, Recht oder Politik nachhaltig irritieren zu können. Allerdings betont er, dass psychische wie soziale Systeme „auch in ihrer Irritierbarkeit [...] völlig autonom [sind]. [...] Es handelt sich immer um ein systemeigenes Konstrukt, immer um Selbstirritation – freilich aus Anlaß von Umwelteinwirkungen.“ (Luhmann 1997: 118f.) Die daran anschließende Frage, wie sich angesichts dieses Postulats, dass Eingriffe von einem System in ein anderes unmöglich sind, dennoch Veränderungen fremder Systeme provozieren lassen, wurde in den letzten 30 Jahren explizit vor allem in der deutschsprachigen Rechtssoziologie diskutiert, wobei die rechtlichen wie politischen Instrumente der Staatenwelt lange als vorrangige Anstoßgeber für die systeminterne Reflexion bzw. Selbstirritation angesehen wurden (Teubner & Willke 1984; Hutter 1989). Inzwischen rücken als exogene Pressionsstellen mithin zunehmend öffentliche Empörung, Protestbewegungen und Nichtregierungsorganisationen (NGOs) in den analytischen Vordergrund (Teubner 2011): Kollektiv aufgebauter kommunikativer Druck könne so massiv werden, dass etwa ein expansionistisches Funktionssystem innere Selbstbeschränkungen aufbaut, die zu einer veränderten Programmierung führen.

Diese rezente rechtssoziologische Fokussierung auf „zivilgesellschaftliche Gegenmächte“ gründet zum einen auf der Beobachtung, dass sich die Folgeprobleme funktionaler Differenzierung heute mehr denn je nationalstaatlichen oder regionalen Begrenzungen entziehen und sich insofern auch nicht mehr ausschließlich durch rechtliche bzw. politische Maßnahmen auf staatlicher Ebene adressieren lassen (Laux & Rosa 2015). Zum anderen speist sie sich aus der in den Sozialwissenschaften viel (und zunehmend auch kritisch) reflektierten

Vorstellung, dass die fortschreitende Durchdringung der Gesellschaft mit Informationstechnologien nicht nur mit einer Beschleunigung der gesellschaftlichen Problemwahrnehmung und -bearbeitung, sondern aufgrund der Effektivierung informeller Kommunikation auch mit einer erhöhten Konnektivität bzw. Sichtbarkeit individueller Stellungnahmen und einer erleichterten Herstellung ortsungebundener Kollektivität einhergehe (Baecker 2007; Bennett & Segerberg 2013; Castells 2015; kritisch: Fuchs 2017; Dolata & Schrape 2018). Eine gesellschaftstheoretische Gretchenfrage besteht indes darin, inwieweit eine erhöhte Sichtbarkeit individueller bzw. kollektiver Korrekturanfragen und die technikinduzierte Beschleunigung ihrer Diffusion tatsächlich zu einer gesteigerten Irritabilität und Responsivität der jeweils adressierten Funktionssysteme führt.

Vor diesem Hintergrund nehmen wir im vorliegenden Aufsatz die *wechselseitige Synchronisation* – die Prozesse intersystemischer Irritationen sowie die daran gekoppelten Reaktualisierungsoperationen – zwischen Medien bzw. medial vermittelter Öffentlichkeit, Recht sowie Politik in den Blick und diskutieren die veränderten Irritationspotentiale gegenüber autonomen Funktionssystemen in einer zunehmend mediatisierten Gesellschaft (Couldry & Hepp 2017). Wir beginnen mit einem Rekurs auf den rechtssoziologischen Diskurs zur Korrektur der Folgen funktionaler Differenzierung. Anschließend stellen wir diskursprägende bzw. in den zurückliegenden Jahren vielrezipierte Thesen zur Beschleunigung der Korrektur(bedürftigkeit) der Gesellschaft durch Digitalisierung und Globalisierung vor. Daran anknüpfend explizieren wir entlang empirischer Fallbeispiele die These, dass eine Effektivierung der Kommunikation alleine noch nicht zu einer erhöhten Annahmewahrscheinlichkeit für innovative bzw. alternative Sinnangebote durch das adressierte System führt, sondern das Finden und Herstellen anschlussfähiger Formen ein langwieriger und organisational aufwändiger Prozess bleibt, der nicht technisch überbrückt werden kann. Abschließend ordnen wir unsere Überlegungen in eine evolutionäre Perspektive ein.

Die Korrektur der Gesellschaft in der Rechtssoziologie

Die Korrektur der Folgen funktionaler Differenzierung ist ein klassisches rechtssoziologisches Thema – beginnend mit dem Aufsatz „Kontext und Autonomie“ von Gunther Teubner und Helmut Willke (1984). Bereits im titelgebenden Verweis auf den Begriff der *Autonomie* ist das Programm eines differenzierungstheoretischen Korrekturkonzepts angelegt, welches das systemtheoretische Postulat geschlossen operierender, aber kognitiv offener sozialer Systeme ernst nimmt (Luhmann 1997). Was immer aus ihrer Umwelt an sie herangetragen

wird, eine Verarbeitung kann stets nur auf der Grundlage je eigener Sinnstrukturen erfolgen. Steuerungstheoretisch folgenreich ist die Annahme, dass unmittelbare Eingriffe von einem System in ein anderes unmöglich seien. Teubner und Willke haben dieses Postulat zu ihrem Ausgangspunkt gemacht und fragen danach, wie unter diesen Bedingungen dennoch Veränderungen fremder Systeme anzuregen sind.

Ein Schlüssel zum Verständnis ihres Modells „reflexiven Rechts“ bzw. „reflexiver Steuerung“ liegt im Begriff des *Kontexts*. Von autonomen Sozialsystemen auszugehen müsse steuerungstheoretisch zwingend nach sich ziehen, die Eigenlogiken der je anderen Kontexte zu respektieren. Steuerungskommunikation, die Veränderungen in der Sinnverarbeitung anderer Funktionskontexte zu initiieren sucht, müssten also so konstruiert sein, dass an sie in fremden Kontexten in spezifischer Weise angeschlossen werden kann. Diese spezifische Weise erhält bei Teubner und Willke (1984: 14) die Bezeichnung „Sozialverfassung“. Gemeint ist damit, dass soziale Systeme ihre Operationen darauf einstellen, „dass in ihrer relevanten Umwelt andere Teilsysteme in Interdependenzbeziehungen agieren und sie selbst deshalb für diese anderen Teilsysteme eine brauchbare Umwelt darstellen müssen“. Um zu dieser Einsicht fähig zu sein, müssten Sinnsysteme zur Reflexion angehalten werden, und es sei die Rolle des reflexiven Rechts „integrative Mechanismen für Verfahren und Organisation innerhalb der betroffenen Teilsysteme selbst bereitzustellen, ihnen eine Sozialverfassung zu geben, die ihre Eigendynamik respektiert, ihnen aber zugleich jene gesellschaftlichen Restriktionen auferlegt, die aus den Bedingungen des Zusammenspiels aller Teile als Kontextregeln für jedes einzelne Teil folgen“ (ebd.: 7).

Reflexives Recht zielt auf „regulierte Autonomie“ und damit auf nichts weniger als auf die Korrektur der Folgen funktionaler Differenzierung: Die Autonomie sozialer Systeme hat selbst-, fremd- bzw. umweltschädigende Folgen und deren Bearbeitung ergibt sich gerade nicht von selbst, sondern es bedarf Instanzen, die „aktiv selbst-regulierende ‚lernende‘ Sozialsysteme [fördern] und zugleich [versuchen], deren negative externe Effekte mit kompensatorischen Korrekturen abzubauen“ (ebd.: 24). Die angesprochenen Mechanismen für Verfahren und Organisation innerhalb der betroffenen Teilsysteme stellt das reflexive Recht bereit, welches laut Teubner und Willke allerdings nicht empirisch beobachtbar sei, sondern als ein sowohl normatives als auch prospektives Modell verstanden wird: So *sollte* post-moderne, reflexive Steuerung bzw. „reflexives Recht als Reaktion auf funktionale gesellschaftliche Differenzierung“ bestenfalls funktionieren.

Diese Überlegungen können inzwischen auf eine reichhaltige Weiterentwicklungsgeschichte zurückblicken (Überblick: Mölders 2015, 2013). In ihrer aktuellen Fassung geht es rechtssoziologischen Korrekturkonzepten nach wie vor um Reflexionsinitiierung zum Zwecke der Folgenkorrektur, allerdings stehen nunmehr weniger das Recht und dessen Instrumente im Fokus, sondern *zivilgesellschaftliche Kräfte*, die vormals der gesellschaftlichen Peripherie zugeordnet wurden. Dies zeigt sich insbesondere in Teubers jüngeren Arbeiten, die sich als eine Antwort auf folgende Frage lesen lassen: „Wie kann externer Druck auf die Teilsysteme so massiv erzeugt werden, dass in ihren internen Prozessen Selbstbeschränkungen ihrer Handlungsoptionen wirksam werden?“ (Teubner 2011: 60) Mit dem Hinweis auf Selbstbeschränkung wird deutlich, dass sich am Ziel differenzierungstheoretischer Korrekturkonzepte nichts geändert hat. Der Weg dorthin führt laut Teubner aber nicht länger nur über Verhandlungssysteme, sondern auch über exogene Pressionen. Dieser *Um-Weg* (zum selben Ziel) sieht also nicht nur neue Mitspieler vor; diese benutzen obendrein Mittel, die nichts Verfahrensförmiges an sich haben.

In einer kurzen Passage weist Teubner (2011: 63) selbst sowohl auf diese Konstanz in der Zielsetzung als auch auf das Innovative des Weges hin: „Die gewünschte Richtung für gesellschaftliche Teilverfassungen heißt [...]: Beschränkung von endogenen Tendenzen der Selbstzerstörung und der Umweltschädigung über *exogene Pressionen*.“¹ Damit werden zunächst durchaus klassische Protagonisten der Steuerungstheorie angesprochen: staatliche Macht sowie rechtliche Normierung. Sie sind exogen mit Blick auf die Zielsysteme, die ebenfalls kaum verändert vor allem im Wirtschafts- und Finanzbereich gesehen werden (Kjaer et al. 2011). Darüber hinaus jedoch, und dies erscheint als bedeutendste Neuerung, kommen Instanzen „zivilgesellschaftlicher Gegenmacht“ ins Spiel, die in früheren rechtssoziologischen Korrekturüberlegungen keinen systematischen Ort hatten: „Medien, öffentliche Diskussion, spontaner Protest, Intellektuelle, Protestbewegungen, NGOs, Gewerkschaften“ (Teubner 2011: 61). Der im Verein mit den klassischen Instrumenten der Staatenwelt aufgebaute Druck kann so groß werden, dass ein soziales Funktionssystem als eine Reaktion auf diesen Druck innere Selbstbeschränkungen aufbaut, die zu einer veränderten Programmierung führen.

¹ Eine Teilverfassung ist ein die üblichen systemischen Programme überlagerndes *law of the laws*. Bevor die sonst in Anschlag gebrachten Bedingungen für die Richtigkeit von Anschlüssen exekutiert werden, schaltet sich eine Reflexion darüber vor, ob es sich um selbst- und umweltverträgliche Optionen handelt.

Nicht nur geht Teubner (2011: 20, 2010) davon aus, dass es überhaupt weitere Druckinstanzen gibt; vielmehr wiesen massive, über mediale Kommunikationskanäle weltweit distribuierte öffentliche Kritik sowie aufmerksamkeitsbindende Aktionen von Protestbewegungen und Nichtregierungsorganisationen ein sehr viel stärkeres Druckpotential auf als die vormals als *hard law* firmierenden Codices der Staatenwelt. Die neuere rechtssoziologische Steuerungstheorie nimmt also einerseits Politik und Recht aus dem Scheinwerferlicht und verweist auf andere wirkmächtige soziale Einheiten. Andererseits geht es nur noch nachgelagert um „Verfahren und Organisation“. Das empirische Ziel entsprechender Korrekturkonzeptionen besteht nunmehr in einer Veränderung der Programme der Zielsysteme sowie der daraus resultierenden Anschlussbedingungen – z.B. der unternehmensinternen Codes transnationaler Konzerne: Eben solche Codes wirken aus dieser Perspektive nunmehr als *hard law*, während die Verordnungen der Staatenwelt operativ als *soft law* gefasst werden. Begründet wird diese Umstellung mit der Natur der Folgeprobleme bzw. der „grand challenges“ (Kaldewey 2017) funktionaler Differenzierung: Sie kennen weder räumliche Grenzen noch Grenzen funktionaler Zuständigkeit; die Grenzen des Rechts aber fielen nach wie vor zumeist mit denen der Staatenwelt zusammen.² Unternehmen, NGOs und viele rezente Formen medialer Öffentlichkeit operierten hingegen auf globaler Ebene und in ihrer stetigen Suche nach Neuem, das einen Unterschied macht (*Information*), in einem beständig rascheren Takt.

Die „digitale Gesellschaft“ und die Beschleunigung der Korrektur(bedürftigkeit)

Mit solchen Annahmen finden sich neuere rechtssoziologische Korrekturkonzepte in ungewohnter Nachbarschaft wieder: Viele sozialwissenschaftliche Arbeiten aus den letzten 10 Jahren stellten eine umfassende, durch die soziale Aneignung der Onlinetechniken angetriebene Korrektur der Gesellschaft in Aussicht (Übersicht: Schrape 2017, 2016, 2012): Die Effektivierung der Kommunikation durch Plattformen und Dienste wie Facebook, WhatsApp, Snapchat, YouTube oder Twitter sollte zum ersten in einem *empowerment* individueller Bürger münden, die ihre Stellungnahmen und Korrekturwünsche nun selbsttätig und ohne Rückgriff auf Synthetisierungs- und Distributionsstellen wie die

² Auch dort, wo globales Recht die segmentäre Binnendifferenzierung in Rechtsterritorien in Frage stellt, bedeutet dies gerade keine Globalzuständigkeit irgendeines Weltgerichts, sondern die Auswechslung der Differenzierungslinie in Richtung sachspezifisch definierter Außengrenzen, etwa: Welthandelsrecht, das aber eben auch mit Weltgesundheitsrecht kollidieren kann (Fischer-Lescano & Teubner 2006).

Massenmedien übergreifend verbreiten können: „The network allows all citizens to change their relationship to the public sphere. They no longer need be consumers and passive spectators. They can become creators and primary subjects.“ (Benkler 2006: 272) Zum zweiten wurden die Onlinetechnologien als „organizing agents“ beschrieben, welche die kommunikative Formierung kollektiver Protestnetzwerke durch eine neue „logic of connective action“ beförderten, in der sich individuelle Unzufriedenheiten ohne weitergehende Organisationsleistungen zu sozialen Bewegungen verdichten könnten (Bennett & Segerberg 2013). Und zum dritten sollte mit der Erleichterung selbstorganisierter Many-to-Many-Kommunikation ein Relevanzverlust klassischer Unternehmen, intermediärer politischer Organisationen und funktionaler Gesellschaftszusammenhänge einhergehen (Baldwin & von Hippel 2011; Carpentier et al. 2013; Baecker 2017). Wie schon im Falle der Visionen um das frühe Internet wurde zwar auch hinsichtlich dieser neuerlichen Erwartungen um das Social Web rasch empirisch offenbar, dass die schiere technische Möglichkeit noch keine grundsätzlichen sozialen Rollenverschiebungen einleitet bzw. die entscheidenden Dynamiken des Informationszeitalters weniger durch die Nutzer als durch wenige dominierende Technologiekonzerne geprägt werden – und dementsprechend liegen in der internationalen Medienwissenschaft mittlerweile auch eine Reihe an Arbeiten vor, die diesen enthusiastischen Positionen kritisch entgegentreten (z. B. Dencik & Leistert 2015; Curran et al. 2016; Rauchfleisch & Kovic 2016; Fuchs 2017).

Nichtsdestoweniger finden sich im öffentlichen wie im allgemeinen sozialwissenschaftlichen Diskurs nach wie vor eine Vielzahl regelmäßig aktualisierter technikutopischer Prophetien und Diagnosen, die sich durch die gemeinsame Grundannahme einer *technikinduzierten Auflösung gesellschaftlicher Differenzierungen* auszeichnen (Überblick: Dickel & Schrape 2017): In der Nachrichtenverteilung sollen die Onlinetechniken „protocols of communication between different communication processes“ (Castells 2013: 125f.) realisieren und durchlässigere Öffentlichkeitsstrukturen befördern; in der Wirtschaftswelt sollen Individuen als *prosumer* die Grenzen von Produktions- und Konsumsphäre unterlaufen und so – auch auf dem Feld materieller Güter – ein Gegengewicht zu ökonomischen Zentralisierungsdynamiken bilden; das Wissenschaftssystem soll durch die erleichterte Einbindung von Amateuren eine Öffnung erfahren (Benkler 2017; Rifkin 2014; Lagos et al. 2014; Ritzer et al. 2012). Differenzierungstheoretisch gewendet lautet die dahinterliegende These: Amateure und Laien könnten angesichts der durch die Onlinetechnologien verminderten Transaktionskosten in der Akquisition, Produktion und Diffusion von Inhalten als „sekundäre Leistungsrollenträger“ (Stichweh 2005) in gesellschaftlichen Funkti-

onskontexten auftreten und Leistungen erbringen, die zuvor spezifisch ausgerichteten Professionen bzw. Organisationen vorbehalten waren. Aus dieser Informalisierung der Leistungserbringung sollen für Funktionssysteme wie Wirtschaft, Politik, Recht oder Massenmedien Optionssteigerungen, aber auch ein erhöhter Integrations- und Aktualitätsdruck einhergehen, da Diskursdynamiken nun erheblich rascher an Sichtbarkeit gewinnen könnten (Keyling 2017: 27 ff.; Dickel & Franzen 2015; Volkmann 2010).

Ebendiese Annahme, dass gegenwärtige medienvermittelte Publizität schon ob ihres *modus operandi* Aufmerksamkeitsvorsprünge realisiere, lässt sich darüber hinaus in den Argumentationszusammenhang der seit einigen Jahren in den Sozialwissenschaften populären *Beschleunigungsthese* (Rosa 2005) stellen.³ Hier allerdings verkehren sich die Vorzeichen: Mit der Digitalisierung steige die Korrekturbedürftigkeit der modernen Gesellschaft und der funktional zuständigen Korrekturinstanz – der Politik – würden zugleich adäquate Antworten auf diese Herausforderungen erschwert. In seiner Beschreibung korrekturbedürftiger Folgen gesellschaftlichen Entwicklung diagnostiziert Hartmut Rosa (2016: 78 f.) – der Differenzierungstheorie nicht unähnlich⁴ – eine „kapitalistische Steigerungsmoderne“. In die heutigen „Funktionsweisen der Wissenschaft, der Massenmedien, des Rechts und der Politik“ sei eine universale Steigerungsorientierung „als struktureller Zwang“ eingeschrieben; generalisiert auf „die soziale Formation der Moderne als Ganzes“ bestimme sie „das orientierungstiftende, operative Normensystem ebenso wie die Allokationsmechanismen der Gesellschaft“. Diese Steigerungslogik erzwingt entfremdete Weltbeziehungen, denn mit ihr entstünde das Gefühl, die soziopolitische Welt antworte nicht mehr auf Anfragen bzw. könne sich stets auf Sachzwänge berufen, wodurch sich der Einzelne unverbunden mit dieser Sphäre fühle, sie nur als fremden Kontext erlebe – und Anfragen verstummen. Diese entfremdeten Weltbeziehungen seien aber nicht bloß abhängige Variablen, sondern bildeten „zugleich das soziokulturelle Fundament der gesellschaftlichen und sozioökonomischen Formation“ (ebd.).

³ Rosa diagnostiziert eine technisch (wie ökonomisch) induzierte soziale Beschleunigung: Der technische Fortschritt münde nicht in Zeitgewinn, sondern in einer Verknappung individueller und kollektiver Zeitressourcen. Er nennt als Beispiel die Veränderung der Kommunikation durch E-Mail-Technologien.

⁴ Auch die Differenzierungstheorie postuliert, dass Funktionssysteme davon beseelt seien, ihre Umwelten mit immer weiterer Steigerung und weiterem Wachstum der je eigenen Funktion zu beglücken (Marcinkowski 2002). Zwar diagnostizieren die Beschleunigungsthese maßgeblich einen neuen Geschwindigkeitstypus; sie gewinnt aber ihre gesellschaftstheoretische Relevanz ebenso erst durch die Annahme unterschiedlicher Eigenzeiten in den entsprechenden gesellschaftlichen Kontexten, die als „distinkte Zeitregime aufeinanderprallen, interferieren und in Konflikt miteinander geraten“ (Laux & Rosa 2015: 58).

Konkret formuliert: Die kapitalistische Steigerungsmoderne sei nicht nur Ursache, sondern auch Folge und materiales Korrelat des spezifisch modernen Weltverhältnisses; die ineinander wirkenden Dynamiken der Steigerungsorientierung und Entfremdung begründen aus dieser Perspektive die beschleunigte Korrekturbedürftigkeit der Gesellschaft.

Das Konstatieren des „Universal Trends Steigerung“ mündet bei Rosa im *Primat der Politik als zentrale Korrekturinstanz*. Dieses Primat sei gerade kein „semantisches Überbleibsel ‚Alteuropas‘, wie die Systemtheorie nahelegt, sondern die gleichsam *funktional* unverzichtbare Voraussetzung dafür, eine konstitutive und unüberwindliche Entfremdung [...] zwischen den Subjekten und der sozialen Welt zu vermeiden“ (ebd.: 380), und überdies kulturell wie verfassungsrechtlich verankert. Das ebenso einer Steigerungslogik unterworfenen Recht dient der Politik aus dieser Beobachtungswarte also vorrangig als Erfüllungsgarant zur Entfremdungsvermeidung. Die Wahrnehmung dieser Aufgabe werde „unter dem Druck von Börsentickern, multinationalen Konzernen, Onlineredaktionen oder in ‚Echtzeit‘ kommunizierenden sozialen Netzwerken“ (Laux & Rosa 2015: 53) allerdings weiter erschwert. Der Blick richtet sich stets, der Primat-These geschuldet, auf die Politik. (Digitale) Medien verketteten Umweltereignisse rascher mit ihren Strukturen als die Politik das kann, woraus Beschleunigungstheoretiker die These ableiten, dass Medien die Politik an ihr Tempo heranzuführen trachteten und die Kurzfristigkeit des Politischen durch die Digitalisierung in erneut kürzere Kontingente eingelassen würde. In der unmittelbaren Beobachtung zunächst positiv eingefasste „social media rebellions“ wie der Arabische Frühling (kritisch: Fuchs 2015: 354) erscheinen mit Rosas Verständnis demokratischer Politik als Resonanzsphäre unvereinbar bzw. tragen eher zur fortschreitenden Entfremdung und Korrekturbedürftigkeit der Gesellschaft bei: Heute sei es zwar „leicht möglich, gewaltige, grenzüberschreitende politische Erregungs-, Empörungs- und Mobilisierungswellen zu generieren“ (Rosa 2016: 378f.), daraus folgten aber keine wesentlichen strukturellen Konsequenzen. Vice versa sei eine medial hochvernetzte Welt kontraproduktiv, um genuine kollektive Selbstwirksamkeit zu erfahren. Öffentliche Empörung sei – ähnlich formulierte es bereits Luhmann (1997: 404) – leicht zu haben, daraus aber folge gerade nicht, was praktisch wirksam zu tun sei.

Auf der einen Seite sorgen die Onlinetechnologien aus Sicht der lange diskursbestimmenden Apologeten der „digitalen Gesellschaft“ insofern für eine Effektivierung informeller Many-to-Many-Kommunikation und damit für eine gesteigerte öffentliche Sichtbarkeit von individuellen Unzufriedenheiten und kollektivem Protest, womit eine akzelerierte Korrektur gesellschaftlicher Strukturen einhergehen soll. Auf der anderen Seite betonen Vertreter der Be-

schleunigungsthese, dass sich durch die weltweite Vernetzung der Kommunikation nicht nur das Bewusstsein in der Gesellschaft für die Globalisierung ihrer Funktionszusammenhänge erhöhe, sondern damit ebenso eine Steigerung ihrer Korrekturbedürftigkeit einhergehe, der eine ubiquitären Beschleunigungszumutungen unterliegende Politik immer schwerer beikommen kann. Die klassische Differenzierungstheorie hingegen geht davon aus, dass eine fortschreitende Technisierung in der Frage der Irritation bzw. Korrektur funktionaler Sinnsysteme keinen signifikanten Unterschied mache: Das Alarmieren mag heute technikvermittelt ungekannt rasch und einfach vonstattengehen; die Korrekturanmahnen könnten aber keinesfalls Einfluss darauf nehmen, wie ihre Anfragen verarbeitet werden, oder selbst für Behebung sorgen, weshalb sich allenfalls auf lange Sicht (und ohne sichtbare Spuren ihres Ursprungs) gesellschaftliche Veränderungen einstellen könnten, die wiederum zu nichtintendierten und als korrekturbedürftig markierten Nebenfolgen führen können.

Die im Folgenden skizzierten empirischen Fallbeispiele zu neueren zivilgesellschaftlichen Gegenmächten im Online-Kontext, auf die im allgemeinen sozialwissenschaftlichen wie rechtssoziologischen Diskurs (Abschnitt 2) besonders häufig verwiesen wird und die in ihrer Irritationsgestaltung allesamt auf das Medium der Publizität setzen, lassen indes erkennen, dass alle drei theoretischen Positionen den empirischen Entwicklungen nicht vollständig gerecht werden: Mit klassischen differenzierungstheoretischen Instrumenten lassen sich kaum Aussagen über die unterschiedlichen Irritationsintensitäten zivilgesellschaftlicher Kräfte machen; die Arbeiten zur „digitalen Gesellschaft“ konzentrierten sich lange Zeit auf die Aneignungsdynamiken in Frühnutzermilieus ohne die Gesamtgesellschaft in den Blick zu nehmen; Beschleunigungstheoretiker betrachten Synchronisationsbemühungen – das Anvisieren einer identischen kognitiven Taktgebung – in der Tendenz als temporale Einbahnstraße, in der die Instrumente der Staatenwelt von medial vermittelten Sinnzumutungen angetrieben werden. Das folgende Kapitel verweist demgegenüber auf die *Wechselseitigkeit der Synchronisation* zwischen Recht, Politik und Medien.

Fallbeispiele für neuere zivilgesellschaftliche Gegenmächte

Soziale Bewegungen

Der Verdacht, dass die Onlinetechnologien die gesellschaftlichen Kommunikationsstrukturen und damit auch die Irritationspotentiale von Korrekturanfragen radikal verändern, wurde in der Soziologie bereits in den 1990er-Jahren ge-

äußert und im Diskurs um das Web 2.0 ab 2005 umfänglich aktualisiert (Überblick: Schrape 2012). Vorderhand eindrucksvolle Belege für die gesellschaftspolitische Durchschlagskraft des Internets lieferten der „Arabische Frühling“ (2010/2011), Occupy Wallstreet (2011) und die europäischen Proteste gegen das Anti-Counterfeiting Trade Agreement (2012) sowie das Freihandelsabkommen TTIP (2014/2015). Carty (2015: 183) etwa erkennt in diesen Ausprägungen kollektiver Gesellschaftskritik einen „paradigm shift toward grassroots mobilization“ und führt diesen Wandel zurück auf „flexible networks made possible through new communication flows and web-based tools.“ Und auch Bennett & Segerberg (2013: 32) sehen Anzeichen für einen Relevanzverlust klassischer Organisationsweisen in zivilgesellschaftlichen Korrekturbemühungen: „Connective action networks are typically far more individualized and technologically organized sets of processes that result in action without the requirement of collective identity framing [...]“. Bereits mit Blick auf diese vielreflektierten Beispiele zeigt sich allerdings, dass der Eindruck einer technikinduzierten Überbrückung vormals essentieller Organisationsleistungen in der Mobilisierung wie Herstellung von kommunikativer Anschlussfähigkeit primär das Ergebnis zeitlich, sachlich sowie sozial dekontextualisierender Betrachtungsweisen ist (Dolata & Schrape 2018).

Die *Proteste im arabischen Raum zum Jahreswechsel 2010/2011* wurden von Journalisten rasch als Facebook- oder Twitter-Revolutionen bezeichnet. Diese Sichtweise – „the wide-scale diffusion of the internet in the Middle East is new, many of these movements are new, and these movements used the Internet; therefore, the advent of the Internet caused these movements“ – markierten informierte Politikforscher jedoch zum ersten zeitnah als Fehlschluss westlicher Beobachter (Altman 2011: 106): Zwar spielten bewusst auch englischsprachig publizierende Blogger-Netzwerke in Ägypten und Tunesien ab 2004 mit ihrer Thematisierung staatlich tabuisierter Inhalte für die Genese inländischer Regimekritik wie auch für das Interesse internationaler Medien an den späteren Unruhen eine zentrale Rolle; als Initialzündung für die Straßenproteste lässt sich aber vor allem die Berichterstattung der privaten TV-Sender Al-Jazeera und Al-Arabiya verstehen, die Bildmaterial aus Social-Media-Kanälen ubiquitär verbreiteten. Zum zweiten standen die Massenproteste im Arabischen Frühling lediglich am Beginn einer Umsturzbewegung, die mit der Ausdefinition neuer politischer wie rechtlicher Ordnungsstrukturen nach dem Sturz der kritisierten Machthaber vor ihren größten Herausforderungen stand und nicht mehr durch Aktivisten getragen wurde, die auf klassische Machtgaranten wenig Zugriff hatten, sondern durch gut organisierte soziale Einheiten wie das Militär und die Muslimbruderschaft (Tufekci & Wilson 2012; Gerbaudo 2012; Alexander & Aourag 2014).

Occupy Wallstreet lässt sich demgegenüber als eine sehr viel gezielter aufgebaute soziale Bewegung mit dezidierten lokalen Bezügen beschreiben, deren Mobilisierungs- und Identitätsbildungsweisen hernach als Protest-Franchise global exportiert wurden. Federführend in der Initiierung, infrastrukturellen Koordination und medialen Verwertung der Massenproteste an der New Yorker Börse im Herbst 2011 war die Adbusters Media Foundation, die bereits seit 1989 als konsumkritische Non-Profit-Organisation auftritt, eigene Produkte verkauft und auf erprobte Vermarktungsmechanismen zurückgreift: „Occupy Wall Street, in short, was not a spontaneous eruption but rather an action carefully planned by committed activists [...]“ (Milkman et al. 2013: 6) Dabei wurde Occupy bewusst als internetgetriebenes Bottom-Up-Phänomen inszeniert, das an die Narrative des Arabischen Frühlings anschließt. Nutzerzentrierte Social-Media-Kommunikation besaß in der Mobilisierung und Außendarstellung der Bewegung zwar hervorgehobene Bedeutung; politische Relevanz und hohe Teilnehmerzahlen erlangten die Proteste indes erst, nachdem bekannte journalistische Anbieter wie die New York Times aufgrund polizeilichen Fehlverhaltens in die Berichterstattung eingestiegen waren. Nach der ersten Welle öffentlicher Aufmerksamkeit zeigte sich zudem, dass es zwar gut funktionierte, eine Vielzahl an Aktivisten unter einem allgemeinen Slogan („We are the 99 percent“) zu versammeln, es aber ohne eine spezifischere Programmatik, eine Kooperation mit politischen Bündnispartnern und die Ausbildung eigener organisationaler Kernstrukturen bald nicht mehr möglich war, die Bewegung als Adresse und Einheit im gesellschaftlichen Bewusstsein zu halten (Kavada 2015; Kneuer & Richter 2015: 141 ff.; Tratschin 2016: 113 ff.).

Die 2012 initiierten, politisch wirksamen *Proteste gegen das Anti-Counterfeiting Trade Agreement* (ACTA) im europäischen Raum hingegen wurden durch eine breite Koalition aus linken und grünen Parteien, NGOs wie Attac oder Campact sowie Vereinen wie dem Chaos Computer Club koordiniert und vertreten, die Erfahrung in der Gestaltung von Korrekturanfragen gegenüber politischen und rechtlichen Institutionen hatten, langfristige Strategien verfolgten und sowohl über eingespielte Ansprechadressen im Politikbetrieb als auch über ein stabiles Repertoire an eingeführten öffentlichen Protagonisten verfügten (Losey 2014; Herweg 2013). Während die ersten europaweiten Anti-ACTA-Proteste 2010 von den jeweiligen, damals noch weitgehend politisch peripheren Piratenparteien vorrangig über Onlinekanäle organisiert wurden, standen hinter den späteren Massendemonstrationen, die in vielen Ländern zu einer Aussetzung des Ratifizierungsprozesses geführt haben, sowie den vorgelagerten Online-Petitionen primär etablierte Organisationen, welche die Klaviatur bewährter Protest-PR beherrschten und in ihrer Kommunikation nicht nur routiniert die Selektions-

kriterien der Massenmedien bedienten, sondern auch mit den Mechanismen europapolitischer Lobbyarbeit vertraut waren (Dobusch 2013; Rucht 2014). Auch die 2014 bis 2016 stattfindenden *Demonstrationen gegen die transatlantischen Freihandelsabkommen TTIP und CETA* wurden primär durch gefestigte gesellschaftspolitische Kräfte mit jeweils eigenen Interessenlagen getragen, die eine federführende Rolle in der Mobilisierung und Koordination der Straßenproteste sowie in der Außenkommunikation übernommen haben (Finkbeiner et al. 2016; Verhoeven & Duyvendak 2017).

Zum einen wird anhand der skizzierten Protestdynamiken insofern offenbar, dass die Einheit und Sichtbarkeit sozialer Bewegungen (ähnlich wie im Falle von Organisationen) nach wie vor durch ein aufwändiges, kontinuierlich reaktualisiertes Identitätsmanagement realisiert wird: Die Aktivitäten der Teilhabenden werden mittels Symbolen und Leitsätzen unter einer gemeinsamen „Flagge“ subsumiert und so als koordiniertes gemeinsames Handeln abgebildet. Dadurch wird eine kollektive Identität konstruiert, die eine Sinngrenze nach außen konstituiert und als Adresse für Zuschreibungen dient, wodurch sich mit der Zeit Bezüge zu anderen sozialen Entitäten bilden, die wiederum auf das Selbst- und Fremdbild der Bewegung zurückwirken (Schmitt & Fuhse 2015: 94 ff.; Tilly 2002). Zum anderen zeigt sich, dass die gesellschaftspolitische Schlagkraft kollektiven Protests über den konkreten Moment hinaus – und damit die Fähigkeit zur bewussten Irritationsgestaltung gegenüber autonom operierenden Funktionssystemen wie Politik und Recht (Mölders 2015b) – wesentlich durch die bewegungsinterne Ausbildung abgestufter und komplexitätsreduktiver Entscheidungs- bzw. Organisationsstrukturen mit eindeutigen Rollenverteilungen und durch die Konstitution erwartungssicherer Beziehungen mit Partnern in den adressierten Kontexten bestimmt wird (Bimber 2017; Dolata & Schrape 2016).

Transnationaler Investigativ-Journalismus

Auch hinter den 2016 als *Panama Papers* bekannt gewordenen Enthüllungen rund um die Geschäftsmodelle der panamaischen Kanzlei Mossack Fonseca steht viel Organisationsarbeit, die vom International Consortium of Investigative Journalists (ICIJ) koordiniert wurde. Das ICIJ ist einerseits eines jener nicht-gewinnorientierten Investigativ-Büros, wie sie an zahlreichen Orten als Antwort auf die nicht zuletzt durch die Digitalisierung erschwerte Lage klassischer Print-Investigativ-Ressorts ins Leben gerufen wurden (Houston 2010). Andererseits unterscheidet es sich erheblich von anderen Organisationen, da es seine Aufgabe vor allem in der projektbezogenen Koordination und Vernetzung von Journalistinnen und Journalisten sieht. Neue Mitglieder werden über Empfehlung anderer (institutioneller) Mitglieder akquiriert, darunter kommerzielle Anbieter wie die Süddeutsche Zeitung, die u.a. Arbeitgeberin der für die Panama

Papers zentralen Journalisten Bastian Obermayer und Frederik Obermaier war. Fast 400 Journalistinnen und Journalisten aus 76 Ländern durchforsteten im Zuge dieser Enthüllungen 11,5 Millionen Dokumente bzw. ein Datenvolumen von 2,6 Terabyte. An dieser Projektgröße wie auch an der konzertierten Publikation der ersten Rechercheergebnisse am 3. April 2016 um 20 Uhr mitteleuropäischer Zeit in 76 Ländern wird gemeinhin die hervorgehobene Organisationsleistung des ICIJ festgemacht (Obermayer & Obermaier 2016: 177). So galt es etwa zu beachten, welche anderweitigen politischen Ereignisse in den adressierten Ländern drohten, die Veröffentlichung der Rechercheergebnisse zu überlagern, oder an welchen Feiertagen jeweils keine Berichterstattung möglich war (vgl. zur segmentären Differenzierung von Öffentlichkeiten: Ulrich 2016).

All das ist allerdings, ebenso wie parallel stattfindende Demonstrationen in mehreren Großstädten, zwar organisierte Gleichzeitigkeit, aber – so unsere These – noch keine *organisierte Synchronisation*. Hierzu muss der Versuch hinzutreten, „günstige Formen zu finden“, die auf „Chancen, Risiken und Gefahren im Bereich des derzeit Inaktuellen“ außerhalb des eigenen Sinnverfügungsbereichs hinweisen (Luhmann 1990: 109f.). Synchronisation richtet den Blick auf Beziehungen zwischen Systemen mit unterschiedlichen Eigenzeiten: Zu einem Zeitpunkt t_0 (aktuell) beschäftigt sich ein beobachtetes System noch nicht mit einem Thema X (Sachdimension), wird dann aber durch das Prozessieren eines anderen (Sozialdimension) auf dieses Thema aufmerksam und bemerkt so den Zustand der Inaktualität, kann es anschließend (Zeitpunkt t_1) als Chance, Risiko, Gefahr etc. verarbeiten und strukturelle Schlüsse daraus ziehen (Thema ignorieren, Thema an eigene Struktur anpassen, Struktur an Thema anpassen). Der Gestaltungsaspekt betrifft dann die von Luhmann ignorierte Unterscheidung zwischen aufmerksam *werden* und aufmerksam *machen*. Dieses Irritationspotential speist sich gerade nicht aus singulären *scoops*⁵ oder situativ aufmerksamkeitsbindenden Ereignissen, sondern aus der Organisation von Persistenz. Hierfür macht auf der einen Seite die nie gekannte Vielzahl an medialen Kanälen auf den ersten Blick bereits einen erheblichen Unterschied; für die Panama Papers reicht die Variabilität von klassischen Büchern und Zeitungen über Social Media bis zum Online-Spiel „Stairway to Tax Heaven“. Auf der anderen Seite geht es in der Herstellung von Synchronisationspotentialen aber nicht

⁵ Einerseits ist das ausdauernde Verfolgen eines Themas nicht neu. Hugo de Burgh (2008: 44 f.) sieht in William T. Steads „The Maiden Tribute of Modern Babylon“ (1885) die Geburtsstunde des modernen Investigativ-Journalismus, da Stead das Thema des Mädchenhandels in Europa über ein Jahr verfolgte, kontinuierlich dazu publizierte und mit vermeintlich modernen Methoden wie *cliff-hangers* operierte. Andererseits betonen aktuelle journalistische NPOs nach wie vor ausdrücklich die Notwendigkeit des Wandels von Scoop-Wirksamkeit zu Persistenz (Mölders 2015: 59f.).

nur darum, auf möglichst vielen Kanälen Gleiches verschiedenartig formatiert zu verbreiten, sondern jeweils differente Aspekte zu vermitteln – also immer neue Informationen zu entdecken und dieses Neue als Neues im gleichen Rahmen zu präsentieren.

Im Fall der Panama Papers bedeutete das für das ICIJ: Um irritationsfähige Daten zu finden, mussten zunächst 11,5 Millionen Dokumente mit Worterkennungssystemen aufbereitet werden (z.B. um Offshore-Fälle mit „Staatschefnähe“ herauszufiltern) – was in vordigitalen Zeiten so gar nicht möglich gewesen wäre. Die Geschichten, so die Annahme, sind alle schon da, sie müssen nur in der Datenbank gefunden werden. Doch mit dieser technischen Effektivierung werden bekannte nicht-technische Probleme keineswegs aus der Welt geschafft: Die Aufmerksamkeitskapazitäten in der gesellschaftlichen Gegenwartsbeschreibung und damit die Skandalisierbarkeit finanzieller Übervorteilung herrschender Eliten bleibt überschaubar; Überraschungen müssen gesucht werden. Empörung ist, anders als Luhmann oder Rosa konstatieren, alles andere als leicht zu erregen.⁶ Vor diesem Hintergrund entwickelte das ICIJ im Vorfeld der Veröffentlichung in einem aufwändigen Prozess einheitliche Präsentationsstrukturen, um für sich genommen heterogene Fälle erkennbar dem Label „Panama Papers“ zurechnen zu können – angefangen bei diesem Titel selbst über den zugehörigen Twitter-Hashtag bis hin zu einer eigenen Illustrationssprache (kritisch: Bernard 2016). Eine solche Wiedererkennbarkeit wird wiederum erst in der *Organisation von Persistenz* relevant und stellt insofern den Versuch dar, langfristigen Eingang in die gesamtgesellschaftliche Wirklichkeitskonstruktion zu finden.

Mit Blick auf die Prozesse intersystemischer Synchronisation weisen die Aktivitäten des ICIJ darauf hin, dass „die Medien“ Funktionskontexte wie die Politik und das Recht nicht beschleunigen, sondern allenfalls die Wahrscheinlichkeit dafür steigern können, dass sich diese auf das gesetzte Thema zubewegen. Vielmehr sorgten die an den Panama Papers beteiligten journalistischen Organisationen durch die Abstimmung ihrer Publikationsstrategien (*Selbstsynchronisation*) für eine *Entschleunigung in der Berichterstattung*, um außermediale Resonanz anzuregen. Die ICIJ-Mitglieder folgten nicht medialen Eigenlogiken bzw. „Tageszeitungsreflexen“ (Obermayer & Obermaier 2016: 40), sondern passten ihren Takt an den erwarteten Rhythmus anderer Sinnsysteme an. Taktgeber war vor allem das Rechtssystem: Abstrakt lässt sich dies an der dem Recht zugemessenen Ordnungskraft festmachen (Benkel 2014; Mölders 2015c); konkret wurden durch das ICIJ das Problem der Briefkastenfirmen und dessen Lösung

⁶ Dyck et al. (2013: 549) diagnostizierten in diesem Zusammenhang, dass die Blütezeit des Investigativ-Journalismus durch die Übersättigung des Publikums mit Skandalen bereits ab 1917 (sic!) ihr eigenes Ende hätte einläuten sollen.

im Recht lokalisiert: „Die gelebte Verantwortungslosigkeit in den Offshore-Zentren dieser Welt beruht auf Gesetzen, die man ändern kann.“ (Obermayer & Obermaier 2016: 311) Die Publikationsstrategie des ICIJ rechnet sowohl mit der Eigenzeit als auch segmentären Differenzierung des Rechts. Gäbe es einen automatischen globalen Informationsaustausch über Bankkonten, bräuchte es nur noch transparente Unternehmensregister „mit der Bedingung, dass Falschinformation strafrechtlich verfolgt und rigoros bestraft wird“ (ebd.). Für die Publikationsagenda der an den Panama Papers Beteiligten folgt daraus, nationale Rechtskorrekturen kritisch zu beobachten und hieraus weitere Anlässe für die Berichterstattung zu generieren.

Online-Petitionsplattformen

Die kollektive Provokation von Selbstreflexion bzw. Irritation in den adressierten Funktionskontexten ist ebenso das Kernanliegen von unabhängigen onlinebasierten Petitionsplattformen wie Avaaz, Campact oder GetUp! bzw. den dahinterstehenden NGOs. Deren Petitionen landen im Unterschied zum staatlichen Petitionswesen nicht direkt in Petitionsausschüssen, sondern werden nach dem Erreichen einer festgelegten Stimmenzahl den entsprechenden Stellen übergeben. Dies können Politiker, Parteien, Bundes- oder Landesregierungen, aber auch Unternehmen oder andere Organisationen sein. Zu ihrer Wirksamkeit bzw. ihrem Irritationspotential liegen weder auf nationaler noch internationaler Ebene gesicherte Aussagen vor; die tentativen Einschätzungen dazu reichen von der Diagnose, dass damit einem Faulpelz-Aktivismus Vorschub geleistet würde (*clicktivism* oder *slacktivism*; stellvertretend: Morozov 2009), bis hin zu der Anerkennung, dass es diesen personell vergleichsweise schlank organisierten Plattformen regelmäßig in beeindruckender Manier gelänge, günstige Gelegenheiten zu erkennen und öffentlichkeitswirksam zu nutzen. Kathrin Voss (2013a: 218f.) unterscheidet in diesem Zusammenhang zwischen vorher-sagbaren Faktoren (z. B. einen Regierungswechsel, Vorgaben durch ein Verfassungsgerichtsurteil) und unvorhersagbaren Ereignissen (*focusing events* wie Katastrophen; z. B. das Atomunglück von Fukushima), die sie für beeinflussungsgünstiger hält.

Welche Form die angestrebte Synchronisation hier annimmt, erscheint offensichtlich: Man wartet auf Themen-Konjunkturen bzw. richtet die eigene Taktung an externen Prozessen oder Ereignissen aus. Wie im Falle des datengestützten Investigativ-Journalismus ermöglichen technische Strukturen den Betreibern der Petitionsplattformen ein vorbereitetes Warten: Große Server, nutzerfreundliche Datenbanken, standardisierte Beteiligungsschnittstellen und eingespielte Kommunikationsweisen lassen rasches Prozessieren zu, sobald ein Möglichkeitsfenster erkannt wird. Eine solche „Günstigkeit“ ist kein Produkt

des Zufalls, sondern das Resultat organisierter Feldbeobachtung bzw. sozialwissenschaftlicher Vermessung. Ob sich ein Thema für eine Kampagne eignet, wird bei Campact etwa nach fünf Kriterien entschieden: Mit (1) *Skandalisierbarkeit* wird der Hinweis verbunden, dass ein Thema nicht zu komplex und insofern verständlich erklärbar sein sollte. Es muss (2) um *konkrete politische Entscheidungen* gehen, zu denen es (3) möglichst kompetente *Kooperationspartner* geben muss. Mit (4) *Anschlussfähigkeit* ist gemeint, dass die Kampagne von mindestens 40 % der Bevölkerung bzw. von mindestens 80 % der Abonnentinnen und Abonnenten des Campact-Newsletters unterstützt wird. Dass es eine realistische Chance geben soll, die Forderungen zumindest teilweise durchzusetzen, wird schließlich mit (5) *Gewinnbarkeit* bezeichnet (Bautz 2008: 109 f.; Felixberger & Schultheiß 2016). Kurzum: Nur als realisierbar angenommene Korrektur wird überhaupt angegangen, Realisierbarkeit erscheint dabei selbst als organisational lösbare Aufgabe.

Hierfür ist die Position von Campact in der *Stop-TTIP- und Stop-CETA-Kampagne* (2014–2016) gegen die transatlantischen Freihandelsabkommen besonders instruktiv. Wie schon die Anti-ACTA-Demonstrationen wurden die Massenproteste gegen TTIP und CETA durch eine Vielzahl an zivilgesellschaftlichen Organisationen und Initiativen getragen; der initiale Nukleus für das hohe Maß an öffentlicher Aufmerksamkeit für die Bewegung und die dahinterliegenden Korrekturanfragen ergab sich allerdings als Nebenprodukt der vorgelagerten „Sozialforschung“ der Petitionsplattform⁷: Auch in diesem Fall testete Campact die Anschlussfähigkeit der potentiellen Kampagne und schrieb dafür 5.000 bis 10.000 zufällig ausgewählte Newsletter-Empfängerinnen bzw. -Empfänger an. Angesichts der Komplexität des Themas Freihandel schien eine Skandalisierbarkeit zunächst unwahrscheinlich; doch einen so hohen wie eindeutigen Rücklauf wie zu TTIP gab es nie zuvor. Dadurch standen von Beginn an eindrucksvolle Zahlen sowohl für die bewegungsinterne Kommunikation als auch für die massenmediale Berichterstattung zur Verfügung, wodurch sich eine beachtenswerte Steigerungskaskade in Gang setzen und das Kampagnenbündnis zeitnah zu einer relevanten Interessenpartei in den öffentlichen Aushandlungen avancieren konnte. Bei Campact unterschrieben 2014 in einem kurzen Zeitraum eine halbe Millionen Menschen Petitionen gegen TTIP; im Herbst 2015 protestierten alleine in Berlin 250.000 Menschen gegen das Freihandelsabkommen.

In ihrer Frühzeit wurde Online-Petitionsplattformen indes ein eher geringes Irritationspotential zugetraut, da ihre Eingaben leicht zu ignorieren seien und

⁷ Ferner ist dies ein weiterer Beleg dafür, in welchem Maße „öffentliche Meinung [...] heute in hohem Grade von den Methoden empirischer Sozialforschung abhängig ist“ (Stichweh 2002: 62).

ihre auch ökonomisch begründete thematische Flexibilität sowie das in das Format eingeschriebene Kampagnen-Dauerfeuer die Wirkkraft von Petitionen insgesamt untergrabe (Voss 2013a: 222; 2013b: 194 f.). Inzwischen lässt sich allerdings feststellen, dass die hinter diesen Plattformen stehenden NGOs auf diese Probleme mit einer *Intensivierung organisierter Formfindung* reagiert haben, welche sich etwa in einer Ausweitung ihrer Betätigungsfelder (z.B. die Initiierung von Straßendemonstrationen) oder neuartigen indirekten Adressierungsformen manifestiert (Hall 2016; Carty 2011). So sollen z. B. in „Wahlkreisaktionen“ von Campact die politischen Funktionsträger nicht mehr durch die Organisation mit Appellen versorgt werden; vielmehr sollen Wählerinnen und Wähler angeregt werden, sich selbst direkt an ihre Abgeordneten zu wenden. Dahinter steht die Annahme, dass dieses Publikum durch die Zieladresse nur schwer ignoriert werden könne, sondern vielmehr der primäre Faktor für die Wiederwahl und damit ein starker politischer Orientierungspunkt sei.⁸ Schließlich zeigt sich am Beispiel von Campact auch, dass es zu kurz gegriffen wäre, das (selbstempfundene) Irritationspotential zivilgesellschaftlicher Kräfte einzig in der Beeinflussung öffentlicher Meinung zu verorten, denn schon in der Selbstbeschreibung der Plattform wird Öffentlichkeit nur als eine Etappe auf dem Weg zum Ziel verstanden: Bei den Kampagnen von Campact, so der Geschäftsführer Christoph Bautz (2008: 109), gehe es um Korrekturanfragen, die nach umfassender politischer wie rechtlicher Bearbeitung in Gesetzesentwürfe einfließen sollen. Wie schon im Fall der Panama Papers liegt also auch hier das Ziel im Recht. Allerdings wird hier gerade nicht mit unmittelbarer Erreichbarkeit gerechnet, sondern mit aufwändigen kommunikativen Übersetzungsprozessen.

Die Evolution macht keine Sprünge, die Korrektur auch nicht

Die im vorangegangenen Kapitel skizzierten Fallbeispiele zu zivilgesellschaftlichen Gegenmächten aus den zurückliegenden Jahren weisen darauf hin, dass die intensive mediale Vernetzung der Weltgesellschaft per se nicht zwingend zu erhöhten Irritationspotentialen gegenüber autonomen Funktionskontexten führt, sondern die intersystemische Synchronisation bzw. das *Finden und Herstellen anschlussfähiger Formen* ein organisational anspruchsvoller Prozess bleibt, der nicht technisch überbrückt werden kann:

⁸ Auch beim US-amerikanischen Recherchebüro ProPublica gibt es eigens Verantwortliche, die unter dem Stichwort „targeting particular specialized audiences“ ebensolche indirekten Orientierungspunkte auffinden sollen (Tofel 2013: 6; Mölders 2017).

- Zum ersten führen die Formations- und Verfallsdynamiken onlineaffiner Protestbewegungen vor Augen, dass sich sowohl die *Abstimmungsnotwendigkeiten* in der Konstruktion einer situationsüberdauernden kollektiven Identität, Programmatik und Binnenstrukturierung als auch der *Formfindungsaufwand* in der Anfertigung irritationsfähiger Korrekturanfragen in der „digitalen Gesellschaft“ keineswegs verringert haben.
- Zum zweiten wird deutlich, dass langfristig aktive zivilgesellschaftliche Stellen wie die thematisierten NGOs im Investigativ-Journalismus bzw. Petitionswesen in ihrer Ansprache von Politik, Recht und Massenmedien bewusst auf eine *Entschleunigung ihrer Veröffentlichungsaktivitäten* setzen und die Eigenzeiten der adressierten Funktionskontexte reflektieren, um die Anschlussgünstigkeit ihrer Beiträge zu erhöhen.
- Zum dritten lässt sich damit einhergehend zeigen, dass sich mit der stetig intensiveren sozialen Aneignung der Onlinetechnologien zwar die Bandbreite an parallel zirkulierenden Inhalten und Stellungnahmen in der gesellschaftlichen Kommunikation beträchtlich erhöht hat, aber mit dieser Vielfalt gleichzeitig eine gesteigerte Notwendigkeit zu *planvollen wie kontextsensitiven Publikationsstrategien* einhergeht.

Dieser keineswegs reduzierte – wenn nicht erhöhte – Anforderungsdruck in der Irritationsgestaltung für zivilgesellschaftliche Instanzen, die sich der Korrektur der Folgen funktionaler Differenzierung verschrieben haben, wird erklärbar, sobald eine evolutionstheoretisch informierte Sicht auf die Dynamiken sozialer Wirklichkeitskonstruktion in Anschlag gebracht wird, die Luhmanns operativen Konstruktivismus bzw. die erkenntnistheoretischen Axiome seiner Theorie ernst nimmt (Schrape 2011, 2015, 2017, 2017b): Zwar erhöht sich mit der erneuten Effektivierung der Kommunikation bzw. Verringerung der Transaktionskosten im Social Web sowohl die horizontale Mobilität als auch die Sichtbarkeit von *Variationen* in der gesellschaftlichen Sinnbildung (wie z.B. Korrekturanfragen) auf geringer ausdifferenzierten Ebenen der Kommunikation; damit geht allerdings nicht zwangsläufig eine erhöhte vertikale Mobilität bzw. eine erhöhte Wahrscheinlichkeit für die *Selektion* dieser Variationen durch stabilisierte Funktionssysteme wie Wirtschaft, Recht oder Politik einher (Abb. 1). Im Gegenteil: Sobald die Zahl wie auch der Auftrittstakt an potentiell erkennbaren Sinnvariationen zunimmt und sich die kognitiven Kapazitäten der adressierten Funktionskontexte nicht im gleichen Maße erweitern, sinkt für jede einzelne Korrekturanfrage die Wahrscheinlichkeit, aus der Menge an Variationen herauszustechen, von sozialen Sinnsystemen auf höherer Ebene als Diskontinuität bemerkt zu werden und bestenfalls im Zuge ihrer *Restabilisierung* reflektiert zu werden.



Abb. 1: Horizontale und vertikale Mobilität in der sozialen Wirklichkeitskonstruktion

Dennoch erscheinen funktionale Kontexte aus dieser Perspektive nicht unbeeindruckbar: Zum einen reproduzieren sich die Sinnstrukturen sozialer Funktionssysteme durch ihre situative Anwendung und oszillieren insofern beständig um die jeweiligen Referenzpunkte; zum anderen ließe sich ihr Wandel ohne externe Impulse gar nicht erklären: „Obwohl es keine Möglichkeit des Durchgriffs auf Strukturentwicklungen von außen mehr gibt, spielt eine wesentliche Rolle, mit welchen Irritationen ein System sich immer und immer wieder beschäftigen muß – und welche Indifferenzen es sich leisten kann.“ (Luhmann 1997: 780) Das Irritationspotential zivilgesellschaftlicher Kräfte bleibt also auch aus evoluti-onstheoretischer Perspektive eine Frage der *Organisation von Persistenz*.

Luhmann (1996: 169) selbst überbrückt diesen Graben zwischen Bekanntmachung und Strukturänderung mit der Feststellung, dass fallweise die „großen Funktionssysteme [...] diese Anstöße in ihren ‚structural drift‘ auf[nehmen] und sich entsprechend [verändern].“ Gemeint sind Anstöße „protestierender Reflexion“, denen er eine exklusive gesellschaftliche Leistung zuspricht: Themen aufzugreifen, die keines der Funktionssysteme sonst als eigene erkennen würde (Luhmann 1991: 153f.). Darin aber erschöpft sich ihre Aufgabe aus der Sicht der originären Theorie sozialer Systeme bereits, da *Alarmierung* und *praktische Wirksamkeit* streng voneinander getrennt werden. Praktisch wirksame Korrekturen der Folgen funktionaler Differenzierung seien aufgrund seiner Ordnungsmacht nur dem Recht zuzutrauen; zwischen Anstoß und Korrektur wird das Theorem des „structural drift“ platziert: Soziale Funktionssysteme rekurrieren in ihrer Selbsterhaltung auf die (Erwartungs-)Strukturen anderer Sinnsysteme; dadurch entstehen korrelative Entwicklungsverläufe, die vorderhand so aussehen, als determinierten Veränderungen des einen das jeweils andere System.

Tatsächlich handele es sich dabei aber stets um eine Koevolution sich eigenständig regulierender Sinnsysteme. Protestbewegungen könnten insofern keinesfalls Korrekturen einleiten; allenfalls könnten wiederholte Anfragen von den adressierten Funktionssystemen als relevante Themen erkannt werden und so deren Strukturbildung beeinflussen. Wann und inwiefern das geschieht, ließe sich indes von keinem Beobachter absehen, sondern einzig als „Zufall“ beschreiben (Luhmann 1997: 404 f., 434).

Dieses arbeitsteilige Modell ebnet Verschiedenheiten in den Irritationskapazitäten und Varietäten in der Irritationsgestaltung zivilgesellschaftlicher Gegenmächte in der Beobachtung gleichwohl von vornherein ein. Die skizzierten Fallbeispiele zu sozialen Bewegungen, NGOs im Investigativ-Journalismus und Online-Petitionsplattformen zeigen demgegenüber auf, dass es in der empirischen Wirksamkeit kollektiver Korrekturanfragen auf ebensolche Differenzen ankommt: Es macht einen Unterschied, ob Unzufriedenheiten ohne weitere Abstimmung in algorithmisch vermittelten (oft politisch-emotional aufgeladenen) Gegenöffentlichkeiten im Social Web situativ sichtbar werden oder NGOs, soziale Bewegungen bzw. Kampagnenbündnisse kollektiv erarbeitete Kommunikationsstrategien umsetzen; es macht einen Unterschied, in welcher Intensität zivilgesellschaftliche Stellen durch eine planvolle Abstimmung ihrer Publikationsweisen sowie die Absicherung von Wiedererkennbarkeit in ihrer Außendarstellung nach einer kontinuierlichen Reflexion ihrer Positionen in der gesellschaftlichen Gegenwartsbeschreibung streben; es macht einen Unterschied, ob in der Protestkommunikation eine abstrakte allgemeine Öffentlichkeit bedient oder ein spezifischerer gesellschaftlicher Funktionskontext – und häufig in letzter Konsequenz: das Recht – adressiert wird und inwiefern dessen Eigenzeit und Strukturlogik in der Ansprache reflektiert bzw. antizipiert wird.

In der rechtssoziologischen Differenzierungstheorie ist diese Varietät von Irritationsversuchen wie auch das Umweghafte des Prozessierens von Korrekturanfragen eingehend dokumentiert. In diesem Sinne spricht Gunther Teubner (2010) von ultrazyklischen Übersetzungsprozessen und Joachim Renn (2006, 2016) von Übersetzungskaskaden: Korrekturanfragen, die „bottom up“ verlaufen (also von geringer ausdifferenzierten Kommunikationsebenen aus diffundieren), entfalten potentielle Effekte auf funktionssystemischer Ebene nicht im Modus direkten Strukturumbaus, sondern werden in allen Fällen evolutionär prozessiert. Sie unterliegen insofern langfristiger kommunikativer Gärung und durchlaufen weitere Übersetzungsetappen, bevor sie im Erfolgsfall funktionssystemische Verarbeitung erfahren. Reaktionen des Rechtssystems auf Anfragen von außenstehenden Kommunikationskontexten, die in kürzere Zeithorizonte als das Recht eingeordnet sind, müssten etwa – so Renn (2016) – im Recht

rückübersetzt werden, bevor sie dort Mutationen bzw. Variationen mit Aussichten auf strukturelle Stabilisierung anregen könnten, die im Falle einer Applikation wiederum neue Übersetzungen erforderlich machten.⁹ Ein Beispiel dafür bietet das Urteil des Europäischen Gerichtshofs zum „Safe-Harbour-Abkommen“: Die ab 2011 durch den Datenschutzaktivisten Max Schrems initiierten Klagen wurden nicht nur bis zu dieser Instanz mehrfach übersetzt, vielmehr ist es der Europäischen Kommission seit 2015 untersagt, die bereits begonnenen Verhandlungen mit der US-Administration fortzuführen (also eine intrapolitische Abkürzung zu nehmen); sie muss nunmehr zuerst eine Klärung europäischer Datenschutzrichtlinien vornehmen.

Die hier diskutierten Fallbeispiele führen die doppelte Reflexivität solcher Irritationsdynamiken vor Augen: Einerseits rechnen zivilgesellschaftliche Gegenmächte inzwischen ebenso mit derartigen Übersetzungskaskaden wie sie sich auf die differenten Zeithorizonte von Politik und Recht einstellen, sofern sie ihre Korrekturanfragen auf *Persistenz und Variabilität* anlegen. Andererseits vollziehen sich diese professionalisierten Organisationsleistungen jedoch nicht im luftleeren Raum, sondern werden von weiteren Stellen beobachtet und gegenbearbeitet: Wenn etwa Graswurzelprotestdynamiken durch etablierte Unternehmen imitiert werden („Astroturfing“) oder das Vorgehen des ICIJ oder von WikiLeaks als eigennützige Salami-Taktik kritisiert wird¹⁰, werden parallel weitere kommunikative Kaskaden eingeleitet. Ferner stehen die von den jeweiligen „sozialen Korrektiven“ genutzten medialen Infrastrukturen zugleich Adressen zur Verfügung, die von diesen Korrektiven als Gegenspieler angesehen werden. Auch das verweist auf ein sich weiterhin steigerndes Komplexitätsniveau in der zivilgesellschaftlichen Irritationsgestaltung. Sofern sich sozialwissenschaftliche Beobachter in der Diskussion um die Korrektur der Folgen funktionaler Differenzierung also nicht mit der Beobachtung von Zufällen zufriedengeben wollen, bleiben weitere evolutionstheoretisch informierte Fallanalysen unabdingbar, um die graduellen Schattierungen und Unterschiede in der Irritationsgestaltung und Herstellung von intersystemischer Synchronisation pointierter herausarbeiten zu können. Damit wird der Differenzierungstheorie ein größeres Differenzierungspotential eröffnet.

⁹ Damit ist auch die Annahme impliziert, dass es autonome Sinnverarbeitung auch „unterhalb“ der Ebene von Funktionssysteme gibt. Diese grundlagentheoretische Frage kann hier nicht vertieft werden, erste Überlegungen hierzu finden sich in Mölders (2012: 487ff.).

¹⁰ Vgl. zu diesem Vorwurf: <https://re-publica.com/en/16/session/panama-papers-investigative-journalism-lügenpresse-and-age-big-leaks> (Diskussionssession auf der re:publica 2016, Berlin).

Literatur

- Alexander, Anne & Aouragh, Miriyam (2014) Egypt's Unfinished Revolution: The Role of the Media Revisited. *International Journal of Communication* 8: 890–915.
- Altman, Jon B. (2011) The Revolution will not be tweeted. *The Washington Quarterly* 34: 103–116.
- Baecker, Dirk (2007) *Studien zur nächsten Gesellschaft*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Baecker, Dirk (2017) Wie verändert die Digitalisierung unser Denken und unseren Umgang mit der Welt?, S. 3–25 in R. Gläß & B. Leuckert (Hrsg.), *Handel 4.0: Die Digitalisierung des Handels-Strategien, Technologien, Transformation*. Wiesbaden: Springer VS.
- Baldwin, Carliss & von Hippel, Eric (2011) Modeling a Paradigm Shift: From Producer Innovation to User and Open Collaborative Innovation. *Organization Science* 22: 1399–1417.
- Bautz, Christoph (2008) Campact – Demokratie in Aktion. *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* 21: 107–113.
- Benkel, Thorsten (2014) Die Ordnung des Rechts – zwischen Erwartung und Enttäuschung. Zum Verwandtschaftsverhältnis von law und order. *Zeitschrift für Rechtssoziologie* 34: 33–50.
- Benkler, Yochai (2017) Peer Production, the Commons, and the future of the firm. *Strategic Organization*, 25: 264–274.
- Benkler, Yochai (2006) *The Wealth of Networks*. New Haven: Yale University Press.
- Bennett, W. Lance & Segerberg, Alexandra (2013) *The Logic of Connective Action. Digital Media and the Personalization of Contentious Politics*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Bernard, Andreas (2016) Das Gold des Journalismus. *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*, 10.04.2016: 49.
- Bimber, Bruce (2017) Three prompts for collective action in the context of digital media. *Political Communication* 34: 6–20.
- Burgh, Hugo de (2008) The Emergence of Investigative Journalism, S. 32–51 in ders. (Hrsg.): *Investigative Journalism*. London/New York: Routledge.
- Carpentier, Nico, Dahlgren, Peter & Pasquali, Francesca (2013) Waves of Media Democratization. A Brief History of Contemporary Participatory Practices in the Media Sphere. *Convergence* 19: 287–294.
- Carty, Victoria (2011) Multi-Issue, Internet-Mediated Interest Organizations and their Implications for US Politics: A Case of MoveOn.org. *Social Movement Studies* 10: 265–282.
- Carty, Victoria (2015) *Social Movements and New Technology*. Boulder: Westview Press.
- Castells, Manuel (2015) *Networks of Outrage and Hope*, 2. Aufl. Cambridge: Polity Press.
- Castells, Manuel (2013) *Communication Power*. Oxford: Oxford University Press.
- Couldry, Nick & Hepp, Andreas (2017) *The Mediated Construction of Reality*. Cambridge: Polity Press.
- Curran, James, Fenton, Natalie & Freedman, Des (2016) *Misunderstanding the Internet*. London: Routledge.

- Dencik, Lina & Leistert, Oliver (Hrsg.) (2015) *Critical Perspectives on Social Media and Protest*. London: Rowman & Littlefield.
- Dickel, Sascha & Franzen, Martina (2015) Digitale Inklusion: Zur sozialen Öffnung des Wissenschaftssystems. *Zeitschrift für Soziologie* 44: 330–347.
- Dickel, Sascha & Schrape, Jan-Felix (2017) The Logic of Digital Utopianism. *Nano Ethics* 11: 47–58.
- Dobusch, Leonhard (2013) ACTA as a Case of Strategic Ambiguity, S. 124–126 in L. Dobusch, P. Mader & S. Quack (Hrsg.), *Governance Across Borders: Transnational Fields and Transversal Themes*. Berlin: Epubli.
- Dolata, Ulrich & Schrape, Jan-Felix (2018) *Kollektivität und Macht im Internet. Soziale Bewegungen – Open Source Communities – Internetkonzerne*. Wiesbaden: Springer VS.
- Dolata, Ulrich & Schrape, Jan-Felix (2016) Masses, Crowds, Communities, Movements. Collective Action in the Internet Age. *Social Movement Studies* 15: 1–18.
- Dyck, Alexander, Moss, David & Zingales, Luigi (2013) Media versus Special Interests. *Journal of Law and Economics* 56: 521–553.
- Felixberger, Peter & Schultheiß, Evelin (2016): Ein Gespräch mit Günter Metzges-Diez, Mitgründer des größten deutschen Kampagnen-Netzwerks. *Kursbuch* 187: 74–92.
- Finkbeiner, Florian, Keune, Hannes, Schenke, Julian, Geiges, Lars & Marg, Stine (2016) *Stop-TTIP-Proteste in Deutschland. Wer sind, was wollen und was motiviert die Freihandelsgegner?* Forschungsbericht Göttinger Institut für Demokratieforschung 2016-01. Göttingen: Göttinger Institut für Demokratieforschung.
- Fischer-Lescano, Andreas & Teubner, Gunther (2006) *Regime-Kollisionen. Zur Fragmentierung des globalen Rechts*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Fuchs, Christian (2015) *Culture and Economy in the Age of Social Media*. New York: Routledge.
- Fuchs, Christian (2017) *Social Media: A Critical Introduction*, 2. Aufl. London: Sage.
- Hall, Nina (2017) Innovations in Activism in the Digital Era. Campaigning for refugee rights in 2015–2016, S. 143–156 in Hertie School of Governance (Hrsg.): *The Governance Report 2017*. Oxford: Oxford University Press.
- Herweg, Sarah (2013) *Politische Diskursnetzwerke und der Konflikt um das Anti-Piraterie-Abkommen ACTA*. Papers on International Political Economy 15/2013. Berlin: Freie Universität Berlin.
- Houston, Brant (2010) The Future of Investigative Journalism. *Dædalus* 139: 45–56.
- Hutter, Michael (1989) *Die Produktion von Recht. Eine selbstreferentielle Theorie der Wirtschaft*. Tübingen: Mohr.
- Kaldewey, David (2017) The Grand Challenges Discourse. Transforming Identity Work in Science and Science Policy. *Minerva*. Online First. DOI: 10.1007/s11024-017-9332-2.
- Kavada, Anastasia (2015) Creating the Collective: Social Media, the Occupy Movement and its Constitution as a Collective Actor. *Information, Communication & Society* 18: 872–886.
- Kjaer, Poul F., Teubner, Gunther & Febbrajo, Alberto (Hrsg.) (2011) *The Financial Crisis in Constitutional Perspective. The Dark Side of Functional Differentiation*. Oxford: Hart Publishing.

- Kneuer, Marianne & Richter, Saskia (2015) *Soziale Medien in Protestbewegungen. Neue Wege für Diskurs, Organisation und Empörung?* Frankfurt a. M.: Campus.
- Keyling, Till (2017) *Kollektives Gatekeeping. Die Herstellung von Publizität in Social Media*. Wiesbaden: Springer VS.
- Lagos, Taso G., Coopman, Ted M. & Tomhave, Jonathan (2014) "Parallel poleis": Towards a theoretical framework of the modern public sphere, civic engagement and the structural advantages of the internet to foster and maintain parallel socio-political institutions. *New Media & Society* 16: 398–414.
- Laux, Henning & Rosa, Hartmut (2015) Clockwork Politics. Fünf Dimensionen politischer Zeit, S. 52–70 in H. Straßheim & T. Ulbricht (Hrsg.), *Zeit der Politik. Demokratisches Regieren in einer beschleunigten Welt*. Sonderband Leviathan 30. Baden-Baden: Nomos.
- Losey, James (2014) The Anti-Counterfeiting Trade Agreement and European Civil Society: A Case Study on Networked Advocacy. *Journal of Information Policy* 4: 205–227.
- Luhmann, Niklas (1990) *Soziologische Aufklärung. Band 5: Konstruktivistische Perspektiven*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Luhmann, Niklas (1991) *Soziologie des Risikos*. Berlin/New York: de Gruyter.
- Luhmann, Niklas (1994) *Die Wirtschaft der Gesellschaft*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Luhmann, Niklas (1996) *Protest: Systemtheorie und soziale Bewegungen*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Luhmann, Niklas (1997) *Die Gesellschaft der Gesellschaft*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Marcinkowski, Frank (2002) Massenmedien und die Integration der Gesellschaft aus Sicht der autopoietischen Systemtheorie: Steigern die Medien das Reflexionspotential sozialer Systeme?, S. 110–121 in K. Imhof, R. Blum & O. Jarren (Hrsg.), *Integration und Medien*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Milkman, Ruth, Luce, Stephanie & Lewis, Penny (2013) *Changing the Subject: A Bottom-Up Account for Occupy Wall Street in New York City*. New York: The Murphy Institute, City University of New York.
- Mölders, Marc (2012) Differenzierung und Integration. Zur Aktualisierung einer kommunikationsbasierten Differenzierungstheorie. *Zeitschrift für Soziologie* 41: 478–494.
- Mölders, Marc (2013) Kluge Kombinationen. Zur Wiederaufnahme systemtheoretischer Steuerungskonzepte im Governance-Zeitalter *Zeitschrift für Rechtssoziologie* 33: 3–28.
- Mölders, Marc (2015) Der Wachhund und die Schlummertaste. Zur Rolle des Investigativ-Journalismus in Konstitutionalisierungsprozessen. *Zeitschrift für Rechtssoziologie* 35: 49–67.
- Mölders, Marc (2015b): Das Janusgesicht der Aufklärung und der Lenkung. Irritationsgestaltung: Der Fall ProPublica. *Medien & Kommunikationswissenschaft* 63: 3–17.
- Mölders, Marc (2015c): *Kontrolle ist gut, Ressource ist besser? Was sich die Vierte Gewalt von sich und vom Recht verspricht*. Paper zum 3. Kongress der deutschsprachigen Rechtssoziologie-Vereinigungen „Die Versprechungen des Rechts“, Berlin. DOI: 10.13140/RG.2.2.32891.31522.

- Mölders, Marc (2017) Shaping Pressure: On the Regulatory Effects of Publicity, S. 121–137 in R. Paul, M. Mölders, A. Bora, M. Huber & P. Münte (Hrsg.), *Society, Regulation and Governance: New Modes of Shaping Social Change?* Cheltenham: Edward Elgar.
- Morozov, Evgeny (2009): The Brave New World of Slacktivism. *Foreign Policy*, 19.05.2009, <http://foreignpolicy.com/2009/05/19/the-brave-new-world-of-slacktivism/> (19.7.2017).
- Obermayer, Bastian & Obermaier, Frederik (2016) *Panama Papers. Die Geschichte einer weltweiten Enthüllung*. Köln: Kiepenheuer & Witsch.
- Rauchfleisch, Adrian & Kovic, M. (2016) The Internet and generalized functions of the public sphere: Transformative potentials from a comparative perspective. *Social Media + Society*, 2 (2): 1–15.
- Renn, Joachim (2006) *Übersetzungsverhältnisse. Perspektiven einer pragmatistischen Gesellschaftstheorie*. Weilerswist: Velbrück.
- Renn, Joachim (2016) *Was heißt ‚Öffnung durch Schließung‘? Überlegungen zu Formen und Folgen der Evolution des Rechts*. Vortragsmanuskript Sektionsveranstaltung Rechtssoziologie „Die Korrektur der (geschlossenen) Gesellschaft“. Deutsche Gesellschaft für Soziologie. Bamberg, 29.09.2016.
- Rikfin, Jeremy (2014) *The Zero Marginal Cost Society. The Internet of Things, the Collaborative Commons, and the Eclipse of Capitalism*. New York: Palgrave.
- Ritzer, George, Dean, Paul & Jurgenson, Nathan (2012) The Coming of Age of the Prosumer. *American Behavioral Scientist* 56: 379–398.
- Rosa, Hartmut (2005) *Beschleunigung. Die Veränderung der Zeitstrukturen in der Moderne*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Rosa, Hartmut (2016) *Resonanz. Eine Soziologie der Weltbeziehung*. Berlin: Suhrkamp.
- Rucht, Dieter (2014) Die Bedeutung von Online-Mobilisierung für Offline-Proteste, S. 115–128 in K. Voss (Hrsg.), *Internet und Partizipation*. Wiesbaden: Springer VS.
- Schmitt, Marco & Fuhse, Jan (2015) *Zur Aktualität von Harrison White*. Wiesbaden: Springer VS.
- Schrape, Jan-Felix (2011) Social Media, Massenmedien und gesellschaftliche Wirklichkeitskonstruktion. *Berliner Journal für Soziologie* 21: 407–429.
- Schrape, Jan-Felix (2012) *Wiederkehrende Erwartungen. Prognosen, Visionen und Mythen um neue Medien seit 1970*. Boizenburg: Hülsbusch.
- Schrape, Jan-Felix (2015) Social Media, Massenmedien und Öffentlichkeit, S. 199–212 in R. Blum, H. Bonfadelli, K. Imhof, O. Jarren & V. Wyss (Hrsg.), *Demokratisierung durch Social Media? Mediensymposium Band 13*. Wiesbaden: Springer VS.
- Schrape, Jan-Felix (2016) Big Data: Informatisierung der Gesellschaft 4.0. *Berliner Debatte Initial* 27 (4): 12–21.
- Schrape, Jan-Felix (2017) Reciprocal Irritations: Social Media, Mass Media and the Public Sphere, S. 138–150 in R. Paul, M. Mölders, A. Bora, M. Huber & P. Münte (Hrsg.), *Society, Regulation and Governance: New Modes of Shaping Social Change?* Cheltenham: Edward Elgar.
- Schrape, Jan-Felix (2017b) Der Akteur: Konstruktion und Dekonstruktion einer Beobachtungskategorie. *Österreichische Zeitschrift für Soziologie* 42 (im Erscheinen).

- Stichweh, Rudolf (2002) Die Entstehung einer Weltöffentlichkeit, S. 57–66 in H. Kaelble, M. Kirsch & A. Schmidt-Gernig (Hrsg.), *Transnationale Öffentlichkeiten und Identitäten im 20. Jahrhundert*. Frankfurt a. M./New York.
- Stichweh, Rudolf (2005) *Inklusion und Exklusion. Studien zur Gesellschaftstheorie*. Bielefeld: Transcript.
- Teubner, Gunther (2010) Selbst-Konstitutionalisierung transnationaler Unternehmen? Zur Verknüpfung ‚privater‘ und ‚staatlicher‘ Corporate Codes of Conduct, S. 1449–1470 in S. Grundmann, B. Haar & H. Merkt (Hrsg.), *Unternehmen, Markt und Verantwortung*. Berlin: De Gruyter.
- Teubner, Gunther (2011) Verfassungen ohne Staat? Zur Konstitutionalisierung transnationaler Regimes, S. 49–100 in S. Kadelbach & K. Günther (Hrsg.), *Recht ohne Staat? Zur Normativität nichtstaatlicher Rechtsetzung*. Frankfurt a. M.: Campus.
- Teubner, Gunther & Willke, Helmut (1984) Kontext und Autonomie: gesellschaftliche Selbststeuerung durch reflexives Recht. *Zeitschrift für Rechtssoziologie* 5: 4–35.
- Tilly, Charles (2002) *Stories, Identities, and Political Change*. Lanham: Rowman & Littlefield.
- Tofel, Richard F. (2013) *Non-Profit Journalism: Issues Around Impact*. ProPublica. New York. http://s3.amazonaws.com/propublica/assets/about/LFA_ProPublica-white-paper_2.1.pdf (1.7.2017).
- Tratschin, Luca (2016) *Protest und Selbstbeschreibung: Selbstbezüglichkeit und Umweltverhältnisse sozialer Bewegungen*. Bielefeld: Transcript.
- Tufekci, Zeynep & Wilson, Christopher (2012) Social Media and the Decision to Participate in Political Protest: Observations from Tahrir Square. *Journal of Communication* 62: 363–379.
- Ulrich, Dirk-Claas (2016) *Die Chimäre einer globalen Öffentlichkeit. Internationale Medienberichterstattung und die Legitimationskrise der Vereinten Nationen*. Bielefeld: Transcript.
- Verhoeven, Imrat & Duyvendak, Jan W. (2017) Understanding governmental activism. *Social Movement Studies*. Online first. DOI: 10.1080/14742837.2017.1338942.
- Volkman, Ute (2010) Sekundäre Leistungsrolle. Eine differenztheoretische Einordnung des Proumenten am Beispiel des „Leser-Reporters“, S. 206–220 in B. Blättel-Mink & K-U. Hellmann (Hrsg.), *Prosumer Revisited: Zur Aktualität einer Debatte*. Wiesbaden: Springer VS.
- Voss, Kathrin (2013a) Campact & Co. Wie Hybridorganisationen das Grassrootscampaigning verändern, S. 213–224 in R. Speth (Hrsg.), *Grassroots-Campaigning*. Wiesbaden: Springer VS.
- Voss, Kathrin (2013b) Grassroots-Campaigning im Internet, S. 183–199 in R. Speth (Hrsg.), *Grassroots-Campaigning*. Wiesbaden: Springer VS.